

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.  
 Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

## 1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Für den hessischen Antisemitismusbeauftragten Uwe Becker ist Frankfurt am Main die „jüdischste Stadt“ Deutschlands.** Sie beherbergt auch eine der größten jüdischen Gemeinden. Und hier soll eine zentrale bundesweite Denkfabrik entstehen: die Jüdische Akademie. Planungen dazu gibt es schon länger – nun wurde bekannt, dass die Baugenehmigung erteilt wurde. Damit sei der Zentralrat der Juden „der Verwirklichung seiner wegweisenden Bildungseinrichtung einen großen Schritt näher gekommen“, erklärte dazu Harry Schnabel, Präsidiumsmitglied des Zentralrats und Mitglied des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt. Die Akademie soll nach seinen Worten „den Diskurs über jüdisches Leben und jüdische Kultur in die Bevölkerung hineinbringen“. Geplant seien Seminare, Konferenzen, Vorträge und Fortbildungen, die sich an Juden und Nichtjuden richten würden. Die vermittelten Inhalte dienen der Aufklärung, die nach Überzeugung des Zentralrats „auch eine präventive Wirkung gegen zunehmenden Antisemitismus haben wird“. Der Christdemokrat Becker, der auch Frankfurter Bürgermeister und Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft ist, sieht in der geplanten Akademie ein Pendant zu den Katholischen und Evangelischen Akademien. Es gehe um eine jüdische Sichtweise auf die Gesellschaft, auch in einer Zeit eines zunehmenden Antisemitismus, sagte Becker und verwies zugleich auf die Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg. Auch dieses 1979 gegründete Projekt trägt der Zentralrat. In Frankfurt nun also die geplante Akademie in der Senckenberganlage, was für eine „notwendige Sichtbarkeit“ Sorge, betont Becker. „Das ist ein sehr exponierter Standort.“ Es soll ein Neubau unter Einbeziehung eines bestehenden Gebäudes werden. Schnabel vom Zentralrat nennt den Spätsommer als möglichen Beginn der Bauarbeiten: „Wenn die Stadt Frankfurt, das Land Hessen und das Bundesinnenministerium als Zuwendungsgeber bei ihrem für Ende Januar anberaumten Koordinierungsgespräch grünes Licht geben, kann alsbald mit der Ausschreibung der Gewerke begonnen werden. Bei planmäßigem Verlauf könnten die Bauarbeiten im Spätsommer aufgenommen werden.“ Frankfurt sei nicht nur wegen der langen jüdischen Tradition ein geeigneter Standort, sagt Becker. Die Stadt habe immer wieder eine große Rolle für den gesellschaftlichen Diskurs gespielt, etwa durch die Denkrichtung der Frankfurter Schule. Auch sei die Stadt ein Ort des interkulturellen und interreligiösen Austauschs. Nach seinen Worten wird es an der Akademie u.a. um die Entwicklung der Erinnerungskultur und die Rolle jüdischen Lebens in Deutschland gehen. Die Kosten seien Ende 2018 auf etwa 21 Millionen Euro geschätzt worden. Der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein, sieht in der Akademie ein „neues Forum für den gesellschaftlichen Diskurs, in den sich die jüdische Seite einbringt“. Es sei „höchste Zeit“ für eine solche Einrichtung, die sich wichtigen gesellschaftspolitischen und theologischen Fragen widmen und reichlich Wissen über das Judentum weitergeben werde. Bereits 2013 hatte der Zentralrat bekanntgegeben, dass er eine neue Bildungsabteilung starte, die die Grundlage für eine Jüdische Akademie bilden werde. Die Akademie ist nicht der einzige „Thinktank“, an dem der Zentralrat beteiligt ist. So nahm im vergangenen Frühjahr eine jüdisch-muslimische Arbeitsgruppe in Berlin ihre Tätigkeit auf. „*Karov- Qareeb*“ zum Ausbau des jüdisch-muslimischen Dialogs ist ein Projekt des jüdischen Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks (ELES) und des muslimischen Begabtenförderungswerks Avicenna. Nach damaligen Angaben ist auch der Zentralrat an der Finanzierung beteiligt. (kna öki 07.01.2020)
- **Wir wollen bleiben. Deutschland ist unser Zuhause“, stellt der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer, in einer ausführlichen Darstellung der Situation der rund 150.000 in Deutschland lebenden Menschen jüdischen Glaubens fest.** Veröffentlicht hat sie der Evangelische Pfarrverein im Rheinland in seinem Info-Brief mit Blick auf den 40. Jahrestag der Erklärung der Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland vom Januar 1980. 2021 gibt das Bundesfinanzministerium eine Sonderbriefmarke zum 1.700. Jahrestag des 321 von Kaiser Konstantin erlassenen Kölner Edikts über die Gleichberechtigung der jüdischen Bürger heraus. Köln verfügt damit über die älteste Synagogengemeinde nördlich der Alpen. Das Original des Edikts befindet sich im Vatikan. Höhepunkt der Feierlichkeiten wird 2021 ein Festakt in Köln-Gürzenich sein. Zur Vorbereitung hat sich der Verein „321: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ mit prominenten Vertretern des deutschen Judentums, der Kirchen und des öffentlichen Lebens in Nordrhein-Westfalen gebildet. Im Mittelpunkt seiner Arbeit steht die Bedeutung

des Judentums für die deutsche Geschichte. Für Abraham Lehrer, der auch Vorsitzender der Kölner Synagogen-Gemeinde ist, bildet der Angriff auf die Synagoge in Halle am *Yom Kippur* 2019 eine „Zäsur“ im Leben der Juden in Deutschland: „Sorgen und Vorsicht sind seitdem gewachsen. Zugleich aber auch unser Trotz. Wir werden nicht weichen.“ Allerdings verwehrt sich Lehrer gegen Gerüchte, es gebe unter den Juden eine Auswanderungswelle. Auch gebe es in weiten Teilen kein Nachdenken über eine Auswanderung. Lehrer wörtlich: „Es gibt keinen Grund, uns einreden zu wollen, Deutschland stehe am Abgrund. Es gibt aber Anlass, genau hinzuschauen auf die gesellschaftliche Entwicklung. Die jüdische Gemeinschaft ist dabei so etwas wie ein Seismograph der Demokratie. So wie ein Seismograph eine Bodenerschütterung früher als ein Mensch wahrnehmen kann, so reagieren wir Juden vielleicht etwas sensibler auf spalterische und ausgrenzende Tendenzen in der Gesellschaft als die Mehrheitsbevölkerung.“ Deshalb solle die Gesellschaft die Beunruhigung der Juden ernst nehmen: „Denn es geht hier nicht nur um eine einzelne Gruppe, sondern um unser Land.“ Mit Nachdruck warnt der Gemeinde-Vorsitzende davor, die AfD etwa aus Protest gegen die anderen Parteien zu wählen. Wer so denke, habe leider nichts verstanden: „Zuallererst haben diese Menschen nicht verstanden, was wählen bedeutet. Meine Stimme ist vor allen Dingen eine Unterstützung für ein bestimmtes politisches Programm. Und nicht gegen die Programme der anderen Parteien. Und wenn ich eine Partei wähle, dann wähle ich immer das Gesamtpaket. Wenn ich die AfD wähle, dann wähle ich auch Politiker, die die Nazi-Zeit als ‚Vogelschiss‘ in der deutschen Geschichte bezeichnen oder politische Gruppierungen, die enge Kontakte zu Rechtsextremisten pflegen.“ Lehrer, der hauptberuflich ein Software-Unternehmen leitet, macht bei den Kirchen seit langem eine Bewegung hin zum Judentum aus. So sei das Reformationsjubiläum 2017 kein undifferenziertes Luther-Jubiläum gewesen, sondern habe viele Angebote für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Reformator geboten. Besonders würdigt Lehrer den Beschluss der rheinischen Landessynode „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ von 1980, der sich in diesem Januar zum 40. Mal jährt: „Mit diesem Beschluss hat diese Landeskirche damals Wegmarken gesetzt im Bekenntnis der Mitverantwortung und Schuld der Kirche an der *Schoah* und mit der Absage an die Judenmission. Wir sollten auch heute immer wieder an solche wichtigen Papiere erinnern. Denn es besteht immer wieder die Gefahr, hinter Erreichtes zurückzufallen.“ Auf katholischer Seite gab es nach Lehrer, der selbst in Köln eine katholische Grundschule besucht hat, nicht nur die Bekräftigung der Konzilserklärung *Nostra aetate*, sondern auch mit Papst Franziskus „ein Oberhaupt an der Spitze, das wie kein Papst vor ihm auf die jüdische Gemeinschaft zugeht“. Zugleich würdigte er den Dialog in den vielen regionalen Gesellschaften für Christlich- Jüdische Zusammenarbeit. Lehrer: „Generell finde ich es wichtig, dass in beiden Kirchen auch an der Basis ankommt, was in der Leitung oder auf Synoden beschlossen wird. Wenn ein Geistlicher vor Ort in seiner Gemeinde Ressentiments gegen Juden oder andere Minderheiten verbreitet, dann waren alle Erklärungen umsonst. Es wäre vielmehr nötig, dass sich auch die einzelnen Gemeinden aktiv für eine tolerante Gesellschaft engagieren, aus ihrem Glauben heraus.“

Gegenwärtig zählt nach Angaben Lehrers das organisierte Judentum in Deutschland rund 100.000 Mitglieder. Dazu kommen noch rund 50.000 Juden, die sich keiner Synagogen-Gemeinde angeschlossen haben, darunter auch viele in Deutschland lebende Israelis. Wie den Kirchen, so Lehrer, bereitet auch dem Zentralrat der Juden die Überalterung der Gemeinden große Sorgen, mit der oft ein wachsendes Desinteresse der jungen Juden einhergehe. Inzwischen hat der Zentralrat zahlreiche Initiativen ergriffen, um für eine Mitgliedschaft in einer Synagogen-Gemeinde zu werben. Erfreut zeigt sich Lehrer, dass man durch die Rabbiner-Ausbildung in Berlin und Potsdam nicht mehr auf ausländische Rabbiner angewiesen ist. Die meisten in Deutschland ausgebildeten Rabbiner entstammen wie der Großteil der Mitglieder der Gemeinden aus der ehemaligen Sowjetunion, sprechen also Russisch, was die Arbeit erheblich erleichtere. Auch seien in jüngster Zeit wieder zwei neue jüdische Gymnasien eröffnet worden, die selbstverständlich auch nichtjüdischen Jugendlichen offenstehen. Ausführlich beschäftigt sich Lehrer in seinem Rück- und Ausblick auf jüdisches Leben mit den Sicherheitsmaßnahmen, die leider – wie in Halle während *Yom Kippur* – Lücken aufweisen. Erfreulicherweise würden die Synagogengemeinden für die Kosten der polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen nicht herangezogen. Allerdings müssten viele Gemeinden für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen in und an ihren Einrichtungen finanziell aufkommen. Leider sei es aus Sicherheitsgründen nicht möglich, große jüdische Versammlungen in der Öffentlichkeit durchzuführen. So sei es nicht möglich, den alle drei Jahre vom Zentralrat veranstalteten Gemeindetag mit über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wie etwa einen Kirchentag auf einem Marktplatz oder in einem Stadion durchzuführen. Deshalb sei man in Berlin immer auf ein großes Hotel angewiesen. Große Sorgen bereitet den Juden der nach wie vor latent vorhandene Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft. Dieser werde durch die sogenannten Sozialen Medien stark befördert, „Jude“ sei vielfach auf Schulhöfen ein Schimpfwort, obwohl die Schüler noch nie einen Juden persönlich kennengelernt hätten. Das Mobbing jüdischer Schüler gehöre weithin schon zum Alltag, gefördert auch von Migranten, für die durch ihre Herkunft der

Antisemitismus selbstverständlich sei. Für Abraham Lehrer muss deshalb in Schule und Bildung der Kampf gegen den Antisemitismus intensiviert werden. Auch zeigten die Schulbücher bei diesem Thema erhebliche Lücken, und in der Integrationspolitik müsse dem Thema nicht zuletzt im Blick auf Flüchtlinge mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Lehrer: „Juden in Deutschland werden gerne für alles, was in Israel geschieht, in Generalhaftung genommen. Es wird Israel gesagt, aber Juden sind gemeint.“ Ihm sei klar, dass die Politik der israelischen Regierung auch Kritik hervorruft, und dass es für eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern schon besser aussah als heute: „Das rechtfertigt es aber nicht, sich pauschal auf die Seite der Palästinenser als vermeintliche Opfer zu schlagen und Israels Existenz anzuzweifeln und den jüdischen Staat zu dämonisieren.“ (kna öki 14.01.2020)

- **Die Evangelische Kirche im Rheinland will das jüdische Leben vor Ort besser kennen lernen und die Erinnerungskultur stärken.** Einen entsprechenden Beschluss unter der Überschrift „Umkehr und Erneuerung“ fasste die Landessynode in Bad Neuenahr. Dieser orientiere sich an der vor 40 Jahren verabschiedeten Erklärung „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“. Auf der Landessynode von 1980 hatte die rheinische Landeskirche erstmals ihr Verhältnis zum Judentum definiert. So bekannte die Synode eine Mitverantwortung der Christen in Deutschland am Holocaust. Zudem hieß es, sowohl Judentum als auch Christentum führten zu Gott, weswegen die Mission von Juden zu unterlassen sei. Nicht zuletzt angesichts der „verhärteten und von Gewalt geprägten Situation in der Region Israel/Palästina“ erneuere die Landessynode ihr Bekenntnis von 1980, dass „die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk“ sei. Diese Einsicht sei im Sinne einer „friedlichen Koexistenz und Nachbarschaft von Israelis und Palästinensern“ zu aktualisieren. Zum Auftakt der Landessynode hatte der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer, in einem Grußwort den Synodalbeschluss von 1980 als „Meilenstein“ bezeichnet. „Es zeichnet diese Landeskirche aus, sich nicht auf ihren Lorbeeren auszuruhen“, sagte Lehrer und betonte das gute Verhältnis, das heute zwischen beiden Religionsgemeinschaften bestehe. (kna öki 21.01.2020)
- **Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben zum 75. Jahrestag der Befreiung des NS-Vernichtungslagers Auschwitz an die Opfer und eine „Schuldgeschichte der Kirchen“ erinnert.** Zugleich riefen der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, Politik und Gesellschaft dazu auf, Antisemitismus entschlossen entgegenzutreten. Der Name Auschwitz stehe für das „systematische Massenmorden“, hieß es. „Die Erinnerung an den millionenfachen Mord in Auschwitz erfüllt uns bis heute mit tiefer Trauer.“ Der Gedenktag erinnere auch an die „Überwindung eines politischen Systems, das keinerlei Respekt für das Leben und die Würde des Menschen kannte und die Ausrottung ganzer Menschengruppen zum Programm erklärte und systematisch organisierte“. Marx und Bedford-Strohm sagten: „Vor allen Opfern verneigen wir uns.“ Wenn ihr Andenken gleichgültig werde, wäre das „ein Verrat an den geschundenen und ermordeten Menschen und es wäre zugleich ein Verrat an den Werten der menschlichen Zivilisation“. Beide riefen Politik und Gesellschaft auf, Judenhass entgegenzutreten: „Als Vertreter unserer Kirchen sagen wir: Unsere jüdischen Brüder und Schwestern müssen angesichts unseres Verhaltens überzeugt sein können, dass die Christen an ihrer Seite stehen, wann immer sie diffamiert, eingeschüchtert oder angegriffen werden.“ Marx und Bedford-Strohm betonten, dass die Kirchen nicht darüber hinwegsehen dürften, „dass viele Christen mit dem nationalsozialistischen Regime kollaboriert, zur Verfolgung der Juden geschwiegen oder ihr sogar Vorschub geleistet haben“. Verantwortliche und Repräsentanten der Kirchen hätten oft „mit dem Rücken zu den Opfern“ gestanden. Zu dieser „Schuldgeschichte“ müssten sich die Kirchen in Deutschland bekennen. Der Antijudaismus, die Ablehnung der Juden aus religiösen Gründen, habe über Jahrhunderte hinweg die europäische Kultur geprägt, heißt es in der Erklärung. „Der tief auch in den Kirchen verwurzelte Judenass der früheren Zeiten nährte den Judenass der Moderne. Auch diesem Schulderbe müssen sich die Kirchen stellen.“ (kna öki 28.01.2020)
- **Die europäisch-jüdischen Organisationen „European Jewish Association“ (EJA) und „European Action and Protection League“ (APL) haben einen Gesetzesentwurf zu einem schärferen Vorgehen gegen Antisemitismus vorgestellt.** „Wir brauchen mehr als ein ‚Nie wieder‘, um Juden in Europa zu schützen“, sagte der EJA-Vorsitzende und Rabbiner Menachem Margolin bei einer Vorstellung des Vorstoßes vor 100 Parlamentariern verschiedener europäischer Länder in der KZ-Gedenkstätte Auschwitz. Die Präsentation des Entwurfs erfolgte im Rahmen eines zweitägigen Symposiums im Gedenken an die Befreiung des Vernichtungslagers vor 75 Jahren in Krakau und der Gedenkstätte. Der Bildungsarbeit über den Holocaust in Europa müsse oberste Priorität gelten, einschließlich einer Verschärfung nationaler Gesetzgebungen

gegen den Einsatz von Stereotypen sowie den Verkauf von Nazi-Memorabilien. Margolin forderte ein entschlossenes Handeln gegen Antisemitismus. Stellungnahmen und Verurteilungen seien nicht ausreichend, um die Zukunft von Juden in Europa zu sichern. Dies sei wesentlich nicht nur für europäische Juden, sondern für Europa selbst. „Dies ist der Kampf zwischen Gut und Böse, zwischen Licht und Dunkelheit“, so der Rabbiner. APL-Vorsitzender Rabbiner Schlomo Koves forderte einen vereinten Kampf gegen Antisemitismus. Die effizienteste Waffe in diesem Kampf, der in jedem Land anders aussehe, sei Bildung. An der Veranstaltung nahmen Minister, Senatoren und Abgeordnete verschiedener Parteien und Länder sowie jüdische Vertreter und Holocaustüberlebende teil. (kna öki 28.01.2020)

- **Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) hat in Erfurt ihren Werner-Sylten-Preis für christlich-jüdischen Dialog vergeben.** Landesbischof Friedrich Kramer zeichnete damit den Arbeitskreis „Geschichte jüdischer Mitbürger in Aschersleben“ aus. Die Leiterin des EKM-Ökumene-Referats, Charlotte Weber, erklärte zur Begründung der Ehrung, den zehn ehrenamtlichen Mitgliedern des Arbeitskreises sei es besonders wichtig, die Schicksale der Juden zur Zeit des Nationalsozialismus bekannt zu machen. So hätten sie bisher 69 Stolpersteine zum Gedenken der Opfer verlegt und dazu Nachfahren von ihnen aus aller Welt eingeladen. Namensgeber des neuen Preises war ein evangelischer Theologe (1893-1942), der 1936 wegen seiner jüdischen Abstammung aus dem Pfarrdienst entlassen wurde. (kna öki 28.01.2020)
- **Erstmals seit 100 Jahren soll es in der deutschen Armee wieder eine jüdische Militärseelsorge geben.** Das Bundeskabinett brachte einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Umsetzung eines Staatsvertrags mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland auf den Weg. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und Zentralratspräsident Josef Schuster hatten den Vertrag im Dezember unterzeichnet. Bevor wie geplant zehn Militär rabbiner bei der Bundeswehr tätig werden können, muss noch der Bundestag zustimmen. Vorgesehen ist, dass die jüdischen Militärseelsorger noch in diesem Jahr ihre Arbeit aufnehmen. Nach Schätzungen der Bundesregierung dienen in der Bundeswehr etwa 300 Soldaten jüdischen Glaubens und rund 3.000 muslimische Soldaten. Auch eine muslimische Seelsorge ist angedacht. Unter den rund 180.000 Soldaten dienen zudem etwa 90.000 Christen. Sie werden von evangelischen und katholischen Seelsorgern betreut. Die Religionszugehörigkeit der Soldaten wird nur auf freiwilliger Basis erfasst. (kna öki 04.02.2020)
- **In Russland sind in den vergangenen 20 Jahren Dutzende Synagogen eröffnet worden.** Nach Angaben des Verbandes der jüdischen Gemeinden Russlands (FEOR) gaben Staat und Kommunen den jüdischen Gemeinden 23 Synagogen zurück; 46 Gotteshäuser seien neu errichtet oder wiederaufgebaut worden. „Ursprünglich standen 69 Synagogen und Gemeindezentren unter der Schirmherrschaft des FEOR, heute sind es 164“, so Verbandspräsident Rabbi Alexander Boroda. Zuletzt wurden demnach unter anderem Synagogen in der nordrussischen Hafenstadt Archangelsk und in Kaliningrad (Königsberg) eröffnet. Boroda dankte Staatspräsident Wladimir Putin, der Regierung und den Kommunalverwaltungen für ihre Unterstützung bei Rückgabe und Bau jüdischer Gotteshäuser. Der Verband der jüdischen Gemeinden Russlands wurde 1999 gegründet. (kna öki 04.02.2020)
- **Der Generalsekretär der Islamischen Weltliga, Scheich Mohammed Bin Abdul Karim Al-Issa, hat seine Solidarität mit den Juden angesichts von Holocaust und Antisemitismus bekräftigt.** „Wir glauben nicht, dass es im Laufe der Menschheitsgeschichte etwas wie in Auschwitz gegeben hat“, sagte der Scheich in Berlin. Antisemitismus sei nicht mit dem Islam vereinbar. Der Scheich äußerte sich bei einer Dialogveranstaltung mit dem Präsidenten der Europäischen Rabbinerkonferenz (CER), dem Moskauer Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt. Al-Issa, einer der ranghöchsten Vertreter des Islam weltweit, hatte zuvor mit anderen muslimischen Repräsentanten aus rund 15 Ländern und der kompletten Führung des *American Jewish Committee* die KZ-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau besucht und sich danach tief betroffen gezeigt. Es war der erste Besuch einer offiziellen muslimischen Delegation in dem deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager. Goldschmidt sprach von einem „historischen Besuch der höchsten islamischen Instanz“. Er würdigte, dass die muslimische Delegation bereit gewesen sei, Trauer und Schmerz zu teilen, und bedankte sich „im Namen des jüdischen Volkes“. Viele seiner eigenen Verwandten wurden in dem Vernichtungslager ermordet. Auch der Scheich betonte: „Zweifelloos ist das Treffen von Auschwitz ein geschichtliches und geschichtsträchtiges Treffen angesichts einer schmerzhaften Erinnerung.“ Antisemitismus sei nicht mit dem Islam vereinbar. Der Islam spreche von den Juden als „Leuten des Buches“. Er erinnerte an die Kinder, Frauen, Männer und Greise, die nur deshalb vernichtet worden seien, weil sie Juden gewesen seien. „Aber Gottes Barmherzigkeit ist über allem und stärker als das“, so der Scheich. Der Islam gebe

niemandem das Recht, gegen Juden vorzugehen. Allerdings gebe es extremistische Ausprägungen in allen Religionen. (kna öki 04.02.2020)

- **Die französische Rabbinerin Delphine Horvilleur sieht keine Bollwerke gegen den Antisemitismus.** „Warum sollte Deutschland eine Ausnahme bilden?“, sagte sie im Interview der „Welt“. „Keine Gesellschaft ist heute gefeit vor Antisemitismus.“ Jeder Einzelne könne judenfeindlich denken, auch wenn viele glaubten, das Problem betreffe „nur Kleinbürger – und nicht sie selbst“. In den vergangenen Jahren sei über Antisemiten gesprochen worden, „als wäre es eine besondere Kategorie von Mensch“, so Horvilleur. Tatsächlich sei Antisemitismus in den meisten Ländern nicht mehr gesellschaftsfähig. „Aber er ist subtiler geworden, nimmt andere Formen an. Man kann heute kein Antisemit sein und trotzdem die Sprache des Antisemitismus sprechen.“ Ein Problem sei, dass die heutige Zeit von einer „Opferkonkurrenz“ geprägt sei. „Viele Lebensentwürfe funktionieren nur noch als Opfergeschichten. Als ob die Tatsache, dass man etwas erlitten hat, einem besondere Rechte verleihen würde.“ In diesem psychologischen Zusammenhang verkörpere niemand „die Figur des Opfers“ besser als die Juden seit der *Schoah*, erklärte die Rabbinerin. Die Folge: „Man wirft ihnen vor, dass sie einem den Platz in der Sonne, aber auch den Platz im Schatten der Geschichte weggenommen haben.“ Viele Minderheiten kämpften unterdessen nicht mehr gemeinsam, „sondern jeder nur für seine Sache“, beklagte die 45-Jährige. „Das führt zum Rückzug auf sich selbst, zu Parallelgesellschaften.“ - Horvilleurs neues Buch „Überlegungen zur Frage des Antisemitismus“ ist jetzt auf Deutsch erschienen. (kna öki 04.02.2020)
- **Seit 2009 bildet das Rabbinerseminar Berlin orthodoxe Rabbiner für die Arbeit im deutschsprachigen Raum aus.** Israels Oberrabbiner Meir Lau hat in der Frankfurter Westendsynagoge Absolventen des Seminars in einer Zeremonie offizielle Anerkennungsurkunden auch aus Israel überreicht. Nach Angaben eines Sprechers der Europäischen Rabbinerkonferenz ist es das erste Mal, dass das Oberrabbinat in Israel die Absolventen einer Institution im Ausland offiziell anerkennt. "Das bedeutet auch eine Anerkennung der Qualität unserer Ausbildung", sagte der Frankfurter Rabbiner Avichai Apel von der Fakultät des Seminars. Angesichts eines zunehmenden Antisemitismus gibt es auch Auswirkungen auf die Arbeit der Rabbiner, sagte Pinchas Goldschmidt, Leiter der Europäischen Rabbinerkonferenz. "Es wird immer schwieriger, Jude in Europa zu sein. Und daraus erwachsen auch besondere und neue Herausforderungen für die Arbeit unserer Rabbiner." (ILI News 24.02.2020)
- **Den geplanten originalgetreuen Neubau von Hamburgs einst größter Synagoge hält die jüdische Historikerin Miriam Rürup für das falsche Signal.** „Ich wende mich gegen einen rückwärtsgewandten Wiederaufbau der früheren Bornplatz- Synagoge“, sagte die Direktorin des Hamburger Instituts für die Geschichte der deutschen Juden im KNA-Interview. Das Bauwerk sei nicht einfach durch Naturgewalt zerstört worden, sondern in der Pogromnacht 1938 von Hamburgern angegriffen und von der jüdischen Gemeinde unter Zwang abgebaut worden. „Es scheint fast, als wolle man als geläuterte Gesellschaft dort anknüpfen, wo man 1933 aufhörte; als könne man zumindest architektonisch ungeschehen machen, was die eigenen Großeltern und Urgroßeltern angerichtet haben“, sagte Rürup. „Aber Geschichte lässt sich nicht korrigieren.“ Darüber hinaus hält es die Historikerin für eine „Verengung“, ein repräsentatives Gebäude wieder zu errichten, das nur für eine Glaubensrichtung steht. „Die orthodoxe Gemeinde ist heute nicht die einzige jüdische Gemeinschaft in Hamburg“, betonte sie. Wenn ein Zeichen für jüdisches Leben in der Stadt gesetzt werden solle, frage sie sich, wieso die Überreste des früheren Tempels der liberalen jüdischen Gemeinde in der Hamburger Neustadt dem Verfall überlassen würden. Die Expertin plädierte dafür, einen „zukunftsorientiert“ gestalteten Neubau zu errichten. Als gelungenes Beispiel bezeichnete sie das jüdische Zentrum in München, in dem neben einem religiösen Ort auch eine Schule und ein Museum untergebracht sind. „Gerade wenn etwas für jüdisches Leben getan werden soll, dann sollte es dessen Vielfalt berücksichtigen und möglichst ebenso kulturell wie religiös ausgerichtet sein.“ Die Planungen für den Wiederaufbau in Hamburg gingen ihr zu schnell, sagte Rürup. Sie schlug vor, ein Expertengremium einzuberufen, das über die Möglichkeiten diskutiert. Generell befand Rürup, dass bei der Erinnerung an das jüdische Leben in Deutschland vor der Naziherrschaft bundesweit Nachholbedarf bestehe. „Die Beschreibung jüdischen Lebens ist häufig auf die Geschichte von Verfolgung reduziert. Dabei gibt es so viel mehr zu erzählen“, sagte sie. Die Juden seien keine Opfergruppe, sondern eine bunte Gemeinschaft, in der es Arme und Reiche, Konservative und Revolutionäre, Orthodoxe und Liberale sowie komplett weltlich lebende Menschen gab und gebe. „Wenn man diese ganze Bandbreite auch bei einer Betrachtung der deutsch-jüdischen Geschichte miteinbeziehen würde, dann wäre viel gewonnen“, so die Expertin. Rürup plädierte für die Einrichtung eines jüdischen Museums in Hamburg. „Zu zeigen gäbe es genug“, sagte sie. Die Stadt sei früher ein Zentrum jüdischen Lebens in Deutschland und Wiege

des liberalen Judentums gewesen. In der heutigen Zeit ist laut Rürup nicht nur das jüdische Leben, sondern die Gesamtgesellschaft in Gefahr. Wachsenden Antisemitismus sehe sie im Zusammenhang von zunehmender Demokratiefeindlichkeit sowie Feindlichkeit gegenüber Migranten, Behinderten, Homosexuellen und Andersdenkenden. Die Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen zeige, wie sehr rechtes Denken nun auch auf der politischen Ebene angekommen sei. „Das macht mir große Sorgen.“ (kna öki 03.03.2020)

- **Das neue jüdische Bildungszentrum in Berlin-Wilmersdorf nimmt Gestalt an:** „Pears Jüdischer Campus“, das nach eigenen Angaben das größte jüdische Bildungszentrum Europas werden soll, feierte am 1. März Richtfest. Unter den Teilnehmern waren Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD), Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) sowie Rabbiner Yehuda Teichtal. Auf rund 7.000 Quadratmetern sind unter anderem eine Kita, eine Grundschule und ein Gymnasium geplant sowie eine 550 Quadratmeter große Sporthalle, die auch für Veranstaltungen genutzt werden kann. Das Baugrundstück in der Westfälischen Straße schließt an das bereits seit 2007 bestehende jüdisch-orthodoxe Chabad-Lubawitsch- Bildungszentrum in der Münsterschen Straße an. Die Baukosten werden auf bis zu 20 Millionen Euro veranschlagt. Die Einrichtung ist nach dem Hauptsponsor benannt. Die *Pears Foundation* unterstützt weltweit jedes Jahr mit mehreren Millionen Euro Forschungs- und Bildungszwecke. (kna öki 03.03.2020)

- **Im Kampf gegen Antisemitismus wollen Juden keine „Sonntagsreden“ mehr hören. In einem KNA-Interview stellt der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, nationale und internationale Maßnahmen vor. Zudem spricht er über das jüdische Leben hierzulande.**

**KNA** Herr Klein, im vergangenen Jahr gab es 1.839 Hassdelikte gegen Juden, so viele wie nie zuvor.

**Klein** Ein Großteil dieser Straftaten findet im Internet statt und ist rechtsradikal motiviert. Vielfach handelt es sich um Relativierung und Leugnung des Holocaust, Volksverhetzung und Beleidigung. Festzustellen ist dabei insgesamt eine wachsende Verrohung und Enthemmung. Ein anderer Grund für den Anstieg ist ein erhöhtes Anzeigeverhalten. Das ist wiederum zu begrüßen, denn nur, wenn Anzeigen gestellt werden, kann auch ermittelt werden.

**KNA** Nicht erst seit dem Anschlag von Halle wollen viele Juden keine „Sonntagsreden“ mehr hören und verlangen konkrete Maßnahmen für mehr Sicherheit. Wie können die aussehen?

**Klein** Der Bund hat bereits einige Maßnahmen erfolgreich auf den Weg gebracht. Hier ist Paragraph 46, Absatz 2 Strafgesetzbuch zu nennen, der jetzt auch antisemitische Motive als Begründung für eine Strafverschärfung ausdrücklich aufnimmt. Das halte ich für sehr wichtig, weil es handlungsleitend auf Staatsanwälte und Richter wirkt. Weiterhin ist gut, dass jetzt die Internetkriminalität besser bestraft werden kann – dadurch, dass die Internetplattformen verpflichtet werden, die Identität derer preiszugeben, die Hass und Hetze verbreiten. Eine weitere Maßnahme ist, das Verbrennen von Fahnen generell unter Strafe zu stellen.

**KNA** An was denken Sie da noch?

**Klein** Ich bin der Ansicht, dass der Straftatbestand der Volksverhetzung verschärft werden muss. Und ich setze mich dafür ein, dass antisemitische Straftaten insgesamt rascher und konsequenter geahndet werden. Wir müssen also dafür sorgen, dass Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte personell angemessen ausgestattet werden. Da sind die Länder gefordert. Und ich hoffe, dass mit der Errichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften eine höhere Sensibilität geschaffen wird.

**KNA** Was kann abseits der Politik getan werden? Es gibt das Projekt „Meet a Jew“ des Zentralrats der Juden, um bei einem Treffen überhaupt erst einmal in Kontakt mit Juden zu kommen und ihren Alltag kennenzulernen.

**Klein** Es ist schön, dass wir es heute mit einer selbstbewussten jüdischen Gemeinschaft in Deutschland zu tun haben, die sich öffnet und Interessierte zur Begegnung einlädt. Projekte wie „Meet a Jew“ oder „Likrat“, bei dem jüdische Schüler anderen Jugendlichen Einblicke in ihr Leben, ihre Vorlieben und Gewohnheiten gewähren, schaffen Verständnis und Berührungspunkte. Neben Aufklärung ist Begegnung ein Schlüssel im Kampf gegen Antisemitismus.

**KNA** Wer kann sich noch einbringen?

**Klein** Kirchen, Gewerkschaften und Parteien. Genauso wichtig ist mir, dass wir eine empathische Erinnerungskultur entwickeln.

**KNA** Antisemitische Taten beziehungsweise Bedrohungen kommen von Rechts, Links und von Muslimen. Welche Rolle spielt in letzterem Fall der interreligiöse Dialog?

**Klein** Er ist in jedem Fall wichtig, weil er dazu beiträgt, Vorurteile abzubauen. Und er richtet sich ja auch an Multiplikatoren wie Imame, Rabbiner, Priester und Pfarrer, die in ihre Gemeinden wirken.

Wir brauchen aber auch Gesprächsformate außerhalb des theologischen Feldes. Da gibt es sehr gute Ansätze.

**KNA** *Es gibt in Deutschland die Bund-Länder-Kommission der jeweiligen Antisemitismusbeauftragten. Was steht dort als nächstes an?*

**Klein** Bei unserer nächsten Sitzung am 18. Mai werden wir darüber sprechen, wie der Umgang mit Antisemitismus und Rassismus als fester Bestandteil der Lehrerausbildung verankert werden kann. Wir werden uns darum kümmern, die Arbeitsdefinition Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) weiter zu verbreiten. Denn wenn wir das Problem lösen wollen, müssen wir es einheitlich definieren. Wo liegen die Grenzen dessen, was man sagen darf? Und wir werden uns darum kümmern, die Sensibilität von Juristen zu erhöhen. Es gab viel zu viele Urteile und Entscheidungen, die aus meiner Sicht ein Bewusstsein dafür vermissen lassen, in welchem historischen Kontext wir leben.

**KNA** *In diesem Jahr hat Deutschland die Möglichkeit, noch stärker auf internationalem Parkett im Kampf gegen Antisemitismus Impulse zu setzen. Seit März hat Deutschland den Vorsitz der IHRA inne, und ab Sommer wird es die EU-Ratspräsidentschaft sein.*

**Klein** Die Erwartungen an unsere beiden Präsidentschaften sind hoch. Die IHRA wollen wir bekannter machen, um ihr auch eine stärkere politische Bedeutung zu geben. Sie sollte sichtbarer werden und ihre moralische Autorität stärker dafür nutzen, internationale Impulse in der Erinnerungskultur zu setzen.

**KNA** *Und die EU-Ratspräsidentschaft?*

**Klein** Wir wollen, dass alle EU-Mitgliedstaaten die IHRA-Definition verabschieden. Ich erhoffe mir zudem, dass wir ein europäisches Forum auf den Weg bringen wie wir es mit der Bund-Länder-Kommission in Deutschland haben.

**KNA** *Sie sind auch der Bundesbeauftragte für jüdisches Leben.*

**Klein** Es gibt in Deutschland noch immer ein blühendes, im Aufschwung befindliches jüdisches Leben. Ich finde, dass die Gesellschaft das heutige jüdische Leben noch viel stärker in den Blick nehmen sollte. Wir haben vor kurzem eine neue Synagoge in Konstanz eröffnet, die Wiedereröffnung der Synagoge in Lübeck steht kurz bevor. Juden kommen gerne, um in Deutschland zu leben, vor allem aus Israel.

**KNA** *Wie bewerten Sie das?*

**Klein** Das ist eine großartige Entwicklung. Dass Juden Vertrauen in unser Land haben, ist nach dem Horror der *Schoah* etwas ganz Besonderes. Wir sollten diese Vielfalt noch erfahrbarer machen durch jüdische Kulturtage, Ausstellungen und gemeinsame Feste. Im kommenden Jahr haben wir Gelegenheit dazu: Wir feiern 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland. Dazu wird es auch eine Sonderbriefmarke geben, wir planen das weltgrößte Laubhüttenfest und zum Beispiel einen Gastronomieführer.

**KNA** *Wie sieht denn jüdisches Leben abseits der Großstädte aus?*

**Klein** Das sogenannte Landjudentum existiert in vielen Gegenden heute nicht mehr. Es gibt aber sehr gute Initiativen – getragen oftmals von Nichtjuden. Im mecklenburgischen Stavenhagen etwa hat ein Verein dafür gesorgt, dass die dortige Synagoge wieder restauriert wurde. Die Mitglieder organisieren nun kulturelle Veranstaltungen sowie Begegnungen mit Schulklassen, um über jüdisches Leben zu informieren. Von diesen Initiativen brauchen wir mehr.

**KNA** *Jüdische Gemeinden sind natürlich auf Nachwuchs angewiesen.*

**Klein** Sie bemühen sich mit attraktiven Angeboten auch um die Jüngeren. Die demografische Entwicklung wirkt sich hier genauso aus wie in den Kirchen. Es gibt in Deutschland etwa 100.000 Juden, die in Gemeinden aktiv sind. Es gibt aber sicher noch einmal genauso viele Juden, die dort nicht registriert sind. Und um die bemühen sich die Gemeinden. Oftmals kommen solche Menschen wie bei den Christen auch nur an hohen Feiertagen ins Gotteshaus. (kna öki 24.03.2020)

- **Experten warnen vor Verschwörungstheorien und Rassismus im Zusammenhang mit dem Coronovirus.** Derzeit kursierten massenhaft antijüdische Äußerungen, sagte der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, dem „Tagesspiegel“. Die Pandemie schaffe ein Klima der allgemeinen Verunsicherung, was Beschuldigungen einzelner Personengruppen idealen Nährboden liefere. Wenig überraschend seien Juden und Israel Hauptziele. „Antisemitische Hassreden verbreiten sich schnell im Internet und dort insbesondere auf den gängigen *Social-Media-Plattformen*“, erklärte Klein. Verschwörungstheoretikern, rechten Hetzern und Antisemiten scheinbar nichts zu absurd, um es nicht zu verbreiten. „Die Rede ist da von einer jüdischen Übernahme der Weltwirtschaft, jüdischen Gewinnen aus einem möglichen Impfstoff, von Israel entwickelten Biowaffen, oder einem jüdischen Versuch, die Weltbevölkerung zu reduzieren.“ Es

breche sich „krudester Antisemitismus“ Bahn. Die Vergangenheit habe auf tragische Art und Weise gezeigt, dass aus Worten Taten werden können, mahnte der Beauftragte. Er rief deshalb dazu auf, alles zu tun, damit solche Hassrede nicht weiterhin online verbreitet werde. Der Religionsbeauftragte der Grünen, Konstantin von Notz, schloss sich der Forderung nach mehr Widerspruch an. Gerade in Zeiten der Krise müsse derartiger Propaganda „mit aller Entschlossenheit begegnet werden“, mahnte er. Gleiches gelte für bewusst lancierte Falschmeldungen. Von Notz würdigte den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der angesichts einer Zunahme von Falschmeldungen und Verschwörungstheorien „ein echtes Pfund“ sei – „mit seinem faktenbasierten und qualitativ hochwertigen Angebot“. (kna öki 31.03.2020)

- **Die aktuellen Einschränkungen des religiösen Lebens sind nach den Worten des Präsidenten des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, eine Bewährungsprobe für die Demokratie.** „Wir sollten uns vergegenwärtigen, welche Grundrechte momentan eingeschränkt sind: die Religionsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Schulwesen und die Reisefreiheit“, schrieb Schuster in der „Jüdischen Allgemeinen“. Hinzu komme, dass der Konsum von Gütern, Kunst und Kultur stark erschwert sei. Noch gar nicht abzusehen seien die sozialen Folgen der Corona-Krise. „Doch schon jetzt ist klar, dass sie für viele Menschen eine existenzielle Bedrohung ist und für noch viel mehr Menschen eine enorme psychische Belastung“, betont Schuster. Der Begriff „*Social Distancing*“ habe das Zeug dazu, Wort des Jahres 2020 zu werden. Schuster gab mit Blick auf die jüdische Gemeinschaft zu bedenken, dass Überlebende der *Schoah* schon einen viel größeren Entzug von Freiheit erlebt hätten: einen Entzug der Menschlichkeit. „Wir sollten uns – bei aller Belastung durch diese Krise, die ich nicht kleinreden will – daher vor Augen führen, wie viele Grundrechte und Freiheiten wir immer noch haben.“ Noch immer gälten die Unversehrtheit der Wohnung sowie die Presse- und Meinungsfreiheit. „Auch unsere Gesundheit wird weiterhin geschützt.“ Im besten Fall werde die Krise auch Positives bewirken, wie eine „Entschleunigung unseres Alltags, einen freundlicheren Umgangston, wieder mehr Vertrauen in die politischen Entscheidungsträger“, so Schuster. Er gab aber auch zu bedenken: „Alle Auflagen und Einschränkungen dürfen kein Dauerzustand werden! Wir sollten jetzt weniger Demokratie akzeptieren, aber hinterher – um mit Willy Brandt zu sprechen – wieder mehr Demokratie wagen! Und zwar mehr als vor der Corona-Krise.“ Mit Blick auf das Pessachfest schrieb Schuster von einer „geradezu paradoxen“ Situation: „Ausgerechnet zu Pessach, zum Fest der Freiheit, ist die Freiheit der jüdischen Gemeinschaft (und nicht nur ihre) weltweit eingeschränkt, wie es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den meisten Staaten nicht mehr der Fall war. Israel, wohin so viele Juden der Diaspora zu Pessach gerne fahren, fällt derzeit als Reiseziel weg.“ (kna öki 07.04.2020)
- **Bayerns Antisemitismusbeauftragter Ludwig Spaenle (CSU) ruft zur Abwehr von Verschwörungstheorien auf**, die Juden verantwortlich für die Corona-Krise machen. „Es gab in der Geschichte immer wieder Menschen, die Zeitgenossen zu Sündenböcken erklärten und an ihnen ihren Hass ausließen – mit den erschreckendsten Folgen“, erklärte Spaenle in München. Juden habe man schon im Mittelalter für dramatische Entwicklungen wie Kriege und Epidemien angegriffen. Spaenle mahnte die Bevölkerung, sich Verschwörungsmaythen entgegenzustellen und sie anzuzeigen, da sie meist mit Volksverhetzung einhergingen. (kna öki 21.04.2020)
- **Der Anstieg rechtsextremer und antisemitischer Straftaten in Deutschland sorgt für wachsende Unsicherheit in der jüdischen Gemeinschaft.** Zugleich verstärkten die rechtsextremen Wahlerfolge der vergangenen Zeit dieses Gefühl, erklärte die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, in München. Die vom Bundesinnenministerium (BMI) veröffentlichten Zahlen belegten empirisch, was in der jüdischen Gemeinschaft nicht erst seit Halle bekannt sei: „Das gesellschaftliche Klima wird für Minderheiten, zu denen auch und besonders jüdische Menschen zählen, zunehmend bedrohlich.“ Nach Angaben des BMI stieg die Zahl der Delikte gegen Juden und ihre Einrichtungen 2019 in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um mehr als zehn Prozent auf 2.032. Im Freistaat ist diese demnach im gleichen Zeitraum von rund 220 auf über 300 angewachsen. (kna öki 21.04.2020)
- **Das Präsidium des Deutschen Koordinierungsrates (DKR) reagiert mit Entsetzen und Empörung auf das zunehmende Eindringen von antisemitischen Hass-Tätern in jüdische Online-Angebote.** Dazu erklärt das DKR Präsidium: Es ist unerträglich, dass Judenfeindschaft heute die Anonymität des Internet nutzen kann, um antisemitischen Schmutz in die Bildungsbemühungen der jüdischen Gemeinden hinein zu stoßen. Die gerade in der Corona-Krise so wichtigen Online-Angebote der jüdischen Gemeinden für Gebete, für Thora-Lernen und für Gedenkveranstaltungen wurden von Antisemiten gestört und mit judenfeindlichen Inhalten überlagert. Das kann und darf nicht hingenommen werden! In der Wochenzeitschrift „Jüdische Allgemeine“ vom 23.4. berichtete Rabbiner Apel, wie ein Online-Tora-Lernen von ihm mit einer

Mädchengruppe aus ganz Deutschland von antisemitischen Neonazis gekapert wurde: „»Sie haben die Kontrolle über das ZOOM-Meeting übernommen. Sie schrien »Jude, Jude«, gleichzeitig zeichneten sie Hakenkreuze auf den Bildschirm« ... Er habe das Meeting sofort beendet. »Man hat das Gefühl, dass jemand in die eigene Intimsphäre eindringt. Als Moderator kann ich das verkraften. Aber die Teilnehmerinnen fühlten sich von Nazis bedroht, viele konnten es nicht gleich verkraften. Das ist hart. Wir mussten mit vielen anschließend Gespräche führen«, berichtete der Frankfurter Gemeinderabbiner weiter.“ In Reaktion darauf schrieb der evangelische Präsident des DKR, Pfarrer Friedhelm Pieper, an Rabbiner Apel: *Lieber Rabbiner Apel, voller Bestürzung und Empörung nehme ich die Nachrichten wahr, wonach Ihr Online-Tora-Lernen von antisemitischen Hetzern gestört und damit zunächst unmöglich gemacht wurde. Nach dem abscheulichen antisemitischen Übergriff auf eine Online-Veranstaltung zum Jom HaSchoah der israelischen Botschaft nun diese niederträchtigen Angriffe auf Ihren Unterricht und offenbar auch auf andere Online Gebete und Lernstunden. Von Seiten der Kirchen verurteilen wir solche Angriffe auf das Schärfste! Es ist dringend nötig, dass die Sicherheitsbehörden ihre Möglichkeiten ausweiten und verbessern, um in den anonymen Räumen des Internet Straftaten, die von dort aus begangen werden, effektiv zu verfolgen und zu ahnden. Ich wünsche Ihnen und Ihrem Wirken alles Gute. Möge Ihre Arbeit trotz der infamen Widrigkeiten solcher antisemitischer Angriffe und zudem noch unter den belastenden Bedingungen der Corona-Krise in alledem und trotz alledem vom Himmel gesegnet sein!* (Das Präsidium des Deutschen Koordinierungsrats der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit V.i.S.d.P. Pfarrerin Ilona Klemens, Generalsekretärin, 23.04.2020)

- **In den seit über zehn Jahre dauernden Streit um den Neubau einer Synagoge in Potsdam kommt Bewegung.** Am 24. April stellten Brandenburgs Kulturministerin Manja Schüle (SPD), der Berliner Architekt Jost Haberland sowie Vertreter von zwei jüdischen Gemeinden der Landeshauptstadt den Bauentwurf für das jüdische Gotteshaus vor. Demnach soll es von 2021 bis 2023 errichtet werden. Die Kosten in Höhe von bis zu zehn Millionen Euro trägt das Land. Rabbiner Walter Homolka äußerte die Erwartung, dass der Architekturentwurf die Synagoge „zu einem Wahrzeichen in Potsdams Mitte mache“. Wie Haberland erklärte, soll die Synagoge „ein offenes Haus“ werden. So soll das Erdgeschoss ein von den Gemeinden betriebenes öffentliches Café, einen Innenhof und einen kleinen Laden erhalten. Im ersten Obergeschoss sind die Synagogenräume geplant. Dafür soll es einen etwa neun Meter hohen, dreigeschossigen Raum mit Oberlicht geben. Seitlich sind Gemeinderäume vorgesehen. Auf dem Dach entsteht nach den Plänen eine Terrasse, die etwa für das Laubhüttenfest genutzt werden kann, während im Keller Ritualbäder (*Mikwen*) geschaffen werden. Der Bau soll aus geschwemmten, sandfarbenen Ziegeln entstehen. Schüle sagte, der Entwurf werde von der großen Mehrheit der Juden in der Stadt unterstützt. „Wir bauen diese Synagoge nicht, um die Stadtmitte in der Landeshauptstadt schöner zu gestalten, und wir bauen sie auch nicht für eine einzelne Gemeinde, sondern wir bauen sie für alle Jüdinnen und Juden in Potsdam“, betonte die Ministerin. Vertragspartner der Landesregierung sind seit 2018 die Jüdische Gemeinde Stadt Potsdam und die 2009 gegründete Synagogengemeinde Potsdam. Mit der Gemeinde „Adass Israel zu Potsdam“, die sich Anfang des Jahres im Streit um den Neubau von der Synagogengemeinde abgespalten hatte, sei man im Gespräch, so Schüle. Mit der gesetzestreuenden jüdischen Landsgemeinde gebe es dagegen derzeit keine Gespräche. Der ehemalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Stadt Potsdam, Mykhaylo Tkach, äußerte sich erfreut über die Entwicklung. „Viele, die von diesem Haus geträumt haben, sind nicht mehr unter uns“, sagte Tkach. „So wird unser Vorhaben auch ein Denkmal für sie sein und ein Symbol für die Wiedergeburt des vollwertigen jüdischen Lebens werden.“ Der Vorsitzende der Synagogengemeinde, Ud Joffe, hob hervor, dass die jüdischen Gemeinden nicht die Rechtshoheit über das Projekt hätten und nicht Bauherr seien. Der Geschäftsführende Direktor des Instituts für Jüdische Theologie der Universität Potsdam, Walter Homolka, lobte den Bauentwurf. Er verbinde „auf harmonische Weise alle religiösen und säkularen Erfordernisse mit moderner architektonischer Formsprache“, schrieb der Rabbiner in einem Gastbeitrag für die „Potsdamer Neuesten Nachrichten“. Zugleich bedauerte Homolka, dass wegen des Projekts Potsdams jüdische Gemeinschaft in vier Gemeinden zerfallen sei, und rief zur Gründung einer Einheitsgemeinde auf. . (kna öki 28.04.2020)
- **Judenfeindliche Hetze im Internet wird nach Einschätzung des hessischen Antisemitismusbeauftragten Uwe Becker „immer dreister und gefährlicher“.** In den vergangenen Tagen habe es mehrfach „virtuelle Angriffe auf jüdische Online- Angebote in Hessen und Deutschland gegeben“, erklärte Becker in Wiesbaden. Dabei seien Tora- und Gebetsstunden, die wegen der Corona-Krise derzeit digital abgehalten würden, „von offensichtlich rechtsradikalen Tätern massiv gestört“ worden. Die Schwelle zur direkten Auseinandersetzung werde immer niedriger. Damit wachse die Gefahr, „dass aus den Angriffen im virtuellen Raum auch Angriffe im realen Leben

werden“, warnte Becker. „Wenn Hitlerbilder und Hakenkreuze, wenn antisemitische Hetze ganz gezielt in Online-Angeboten zu Angriffen genutzt werden, dann ist der Weg zur körperlichen Gewalt nicht mehr weit“, so Becker. Solchen „schlimmen, hasserfüllten Taten“ müsse mit allen technischen und rechtlichen Möglichkeiten nachgegangen werden, forderte Becker, der auch Frankfurter Bürgermeister und Kirchendezernent ist. (kna öki 05.05.2020)

- **Prominente Vertreter der Religionen in Deutschland haben sich am 14. Mai mit einem gemeinsamen Video am weltweiten Gebetstag gegen die Corona-Pandemie und deren Folgen beteiligt.** „Wir wollen alle zusammen Gott anrufen: In dieser Zeit der Unsicherheit und Krankheit bitten wir um Deinen Schutz und Segen“, betete etwa der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Limburgs Bischof Georg Bätzing: „In Deinem Sohn Jesus Christus hast Du uns gezeigt, wie wir leben können ohne Angst, sondern in Fürsorge um andere und in der Hinwendung zu Menschen in Not.“ Bätzing, der auch die Unterkommission für den Interreligiösen Dialog der Bischofskonferenz leitet, rief zum Gebet für alle besonders betroffenen und geforderten Menschen in dieser außergewöhnlichen Zeit auf. Unter anderem nannte er Kranke und Verstorbene, Senioren, Kinder und Familien sowie alle Menschen in Pflege, Gesundheitswesen und in der Versorgung. Außerdem erwähnte er die Entscheidungsträger in Politik und Gesellschaft, Menschen in seelischer oder wirtschaftlicher Not sowie arme und leidende Menschen in anderen Ländern der Welt. Die Hamburger Bischöfin Kirsten Fehrs ergänzte für den Rat der EKD, es sei wichtig in diesen Zeiten, „dass wir als Religionen eintreten für die Würde der Menschen“. Dabei gehe es nicht nur um die körperliche, sondern auch um die seelische Gesundheit. Das Virus kenne keine Grenzen, daher müssten alle Religionen gemeinsam beten und sich zusammen engagieren gegen alles Leid, das die Pandemie verursache, betonte Aiman Mazyek, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, und lobte die „wunderbare Initiative“. Rabbiner Andreas Nachama steuerte einen jüdischen Klagegesang bei. Darüber hinaus beteiligten sich Vertreter der Buddhisten, der Bahai-Gemeinde und des Runden Tisches der Religionen in Deutschland, der die Aktion hierzulande initiiert hatte. Der Generalsekretär der Europäischen Rabbiner-Konferenz, Gady Gronich, wertete den Gebetstag im Gespräch mit der „Deutschen Welle“ als „schönes Signal der gemeinsamen Solidarität und Zuversicht“.

Auch in Berlin schlossen sich Repräsentanten von Christen, Muslimen, Juden, Sikhs und Buddhisten dem Gebetsaufruf an. Auf Englisch, Deutsch, Arabisch, Hebräisch und Aramäisch beteten sie in der Parochialkirche in den jeweiligen Formen ihrer Religionen für die Opfer und ihre Angehörigen, das Krankenhauspersonal und die an Heilmitteln forschenden Wissenschaftler. Unter den Teilnehmern waren der evangelische Bischof Christian Stäblein, der Rabbiner Andreas Nachama und der Imam Taha Sabri. Eingeladen hatten die Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, das interreligiöse Zentrum „House of One“ und das Berliner Forum der Religionen. Das nicht-öffentliche Gebet von rund 15 Minuten Dauer wurde über die Webseite des „House of One“ live gestreamt und ist dort weiter abrufbar.

Im Vatikan hatte Papst Franziskus dazu aufgerufen, sich an dem weltweiten interreligiösen Fast- und Gebetstag für das Ende der Pandemie zu beteiligen: „Vereinen wir uns alle, Männer und Frauen jedes religiösen Bekenntnisses, heute in Gebet und Buße, um Gott um das Ende dieser Pandemie zu bitten.“ Zum möglichen Vorwurf, der Gebetstag sei „religiöser Relativismus“, sagte er: „Das ist es nicht. Jeder betet zu Gott, so gut er kann, nach der je eigenen Kultur und Religion.“ Zudem erinnerte er daran, dass es noch andere „Pandemien“ gebe, die des Hungers und des Krieges etwa. So seien in den ersten vier Monaten dieses Jahres rund vier Millionen Menschen an Hunger gestorben.

Die Idee zum Gebetstag stammt vom „Komitee für Brüderlichkeit aller Menschen“ (*Higher Committee of Human Fraternity*). Die von den Vereinigten Arabischen Emiraten angeregte Gruppe widmet sich der Umsetzung des von Franziskus und Großimam Ahmad Al-Azhar im Februar 2019 in Abu Dhabi unterzeichneten „Dokuments zur Brüderlichkeit aller Menschen“. (kna öki 19.05.2020)

- **Als Konsequenz aus der Corona-Pandemie rechnet der Generalsekretär der Europäischen Rabbiner-Konferenz (CER), Gady Gronich, mit Fortschritten im Gespräch der Weltreligionen.** Gronich zeigte sich im Gespräch mit der Deutschen Welle „sehr zuversichtlich, dass dank Corona ein neues Zeitalter im interreligiösen Dialog eintritt, eben weil wir erkennen, dass wir alle im gleichen Boot sitzen“. Gronich verwies als Beispiel auf die Schließung von Gotteshäusern und Einschränkungen für Gemeinden in zahlreichen Ländern. „Die Probleme und Herausforderungen sind eigentlich überall die gleichen“, sagte er dem deutschen Auslandssender. Das habe bereits jetzt auch im Dialog zwischen den Religionen eine neue Dynamik ausgelöst. Der CER-General-

sekretär nannte gemeinsame Gebete, Online-Botschaften oder Erfahrungsaustausch – „Aktivitäten, die es wohl vor Corona so nicht gegeben hätte“. (kna öki 19.05.2020)

- **Für die Wiedereinführung einer jüdischen Militärseelsorge in Deutschland zeichnet sich eine große Mehrheit im Bundestag ab.** Bei einer ersten Beratung eines entsprechenden Gesetzentwurfs äußerten Vertreter aller Fraktionen grundsätzlich Zustimmung. Das Gesetz soll den Staatsvertrag umsetzen, den Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, im Dezember 2019 unterzeichnet hatten. (kna öki 19.05.2020)
- **Holocaust-Überlebende zeigen sich verstört über Bilder von sogenannten Hygiene-Demonstrationen mit NS-Symbolen und -Inhalten.** Die in Freiburg gezeigte Aufschrift „IMPFEN MACHT FREI“, die Parallelen zwischen der angeblichen aktuellen Verfolgungssituation und der damaligen Lage der Juden in Auschwitz mit der Lager-Aufschrift „ARBEIT MACHT FREI“ sei wahnwitzig und empörend, beklagte das Internationale Auschwitz-Komitee in Wien. Dasselbe gelte für die Verbindung zu den Verbrechen des SS-Arztes Josef Mengele oder die Benutzung des Judensterns mit der Aufschrift „nicht geimpft“, der mittlerweile auch auf T-Shirts gedruckt bei Demonstrationen und im Internet erscheine. Besonders empöre die Überlebenden, dass Demonstrationsteilnehmer zunehmend auch Armbinden trügen, auf denen der von den Nazis erzwungene Judenstern mit der Inschrift „Jude“ eine eigene vermeintliche „Verfolgungssituation“ beschreiben solle. „Nichts an der heutigen Situation ist mit der Repression und Verfolgung jüdischer Menschen in den Nazi-Jahren vergleichbar“, erklärte der Exekutiv-Vizepräsident des Komitees, Christoph Heubner, in Berlin. Den „mörderischen Horror von Auschwitz“ mit heutigem staatlichen Handeln und der eigenen aktuellen Lebenssituation in der Corona-Krise in Verbindung zu bringen, sei „anmaßend und geschmacklos“. Man bitte darum, dass die Menschen, „die ihr gutes Recht zur Demonstration und zur Kritik innerhalb der Demokratie wahrnehmen, in Zukunft auf solche gedanklichen Irrwege“ und kränkende Vergleiche verzichten. (kna öki 26.05.2020)
- **Das umstrittene Projekt eines Synagogenbaus in Potsdam ist vorläufig gestoppt.** Nach der Jüdischen Gemeinde Potsdam kündigte auch das Land Brandenburg den entsprechenden Vertrag von 2018, wie Kulturministerin Manja Schüle (SPD) in Potsdam bekannt ab. Die Jüdische Gemeinde Potsdam hatte das Abkommen mit dem Land und der Synagogengemeinde Potsdam am 5. Juni gekündigt. Damit könne „die ursprüngliche Zielsetzung, die Synagoge zusammen mit den beiden Gemeinden zu bauen, nicht mehr erreicht werden“, erklärte Schüle. Das Land stehe aber weiter zu dem Vorhaben und wolle jetzt die dazu notwendigen Schritte prüfen. Im 30. Jahr der Wiedergründung der ersten jüdischen Gemeinden im Land Brandenburg hätten ihre Mitglieder „einen Anspruch auf ein religiöses und kulturelles Zentrum im Herzen der Landeshauptstadt“. Die Landesregierung stellt das Grundstück in der Potsdamer Schloßstraße 1 sowie acht Millionen Euro für den Bau eines Synagogen- und Gemeindezentrums bereit. Grundlage ist der Vorentwurf des Berliner Architekten Jost Haberland. Der Bau einer Synagoge für die jüdischen Gemeinden Potsdams ist in der Brandenburger Landespolitik seit langem Konsens. Die jüdischen Gemeinden der Stadt hatten sich allerdings im Verlauf der Planungen mehrfach gespalten. Verschiedene Anläufe zum Bau der Synagoge scheiterten nicht zuletzt an mangelnder Kooperation. Die ursprüngliche Synagoge wurde nach der Deportation und Ermordung der Potsdamer Juden durch die Nationalsozialisten 1945 bei einem alliierten Luftangriff zerstört. Schüle betonte, ein Staat könne keine Synagoge ohne jüdische Ansprechpartner bauen. Durch die Entscheidung der Jüdischen Gemeinde Stadt Potsdam sei zudem das Ziel, die Synagoge „mit einer breiten Basis der gemeindlich gebundenen Potsdamer Jüdinnen und Juden zu bauen“ nicht mehr erreichbar gewesen. Nun sei es notwendig, schnellstmöglich Gespräche über das Projekt zu vereinbaren, kündigte die Ministerin an. Dabei solle es nicht nur darum gehen, wie das Vorhaben noch verwirklicht werden könne, sondern auch darum, „dass es auf einer breiten Basis steht und viele Gemeinden in diesen Prozess mit eingebunden sind“. Das Land setze sich nicht für die Synagoge ein, um eine Baulücke zu schließen, sondern um für die jüdischen Gemeinden in Brandenburg zu bauen. „Im ursprünglichen Vertragskonstrukt war deswegen auch eine israelitische Kultusgemeinde als Betreiber der Räume vorgesehen“, so Schüle. (kna öki 16.06.2020)
- **Der Potsdamer Rabbiner Walter Homolka hat zu einem engeren Austausch zwischen jüdischen und christlichen Theologen aufgerufen.** Die Annäherung zwischen Juden und Christen sei kein „einmaliger Vorgang“, sondern müsse als „immerwährender Prozess“ verstanden werden. Auch müssten christliche Theologen die „Deutungshoheit“ des Judentums zur Hebräischen Bibel beachten, sagte Homolka im Interview der in Freiburg erscheinenden Zeitschrift „Herder Korrespondenz“. Er kritisierte, dass in einem Sonderband der Zeitschrift zur Bibel keine jüdischen Experten zu Wort gekommen sind. Dies empfinde er „im Sinne der

postkolonialen Theorie als Enterbung“, so Homolka. Zugleich wünsche er sich, dass jüdische Theologie in Deutschland sichtbarer werde. Mehr als 700 christlichen theologischen Lehrstühlen stehe nur eine Handvoll jüdischer Theologie-Professuren gegenüber. Er hoffe auf mehr Austausch und Dialog. Allerdings scheuten sich viele christliche Theologen, hier die „ausgetretenen Pfade“ zu verlassen, kritisierte er. Eindringlich rief Homolka auch dazu auf, sich aus jüdischer Perspektive mit der Person Jesu zu befassen. Christen sollten sich klar machen, „dass Jesus ganz und gar Jude gewesen ist, dass seine Gedanken nur innerhalb eines jüdischen Kontexts richtig gedeutet werden können und dass er keine eigene Religion stiften wollte. Schon gar nicht eine, die dann die Triebfeder geworden ist für eine Jahrhunderte währende Herabwürdigung, Demütigung und Entwertung des jüdischen Glaubens – der doch auch der Glaube Jesu war.“ (kna öki 16.06.2020)

- **Die Zahl der politisch motivierten Straftaten in Deutschland ist im vergangenen Jahr deutlich gestiegen.** Die Zahl judenfeindlicher Delikte erreichte dabei ein Rekordniveau, wie Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) in Berlin bei der Vorstellung der Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität für 2019 sagte. „Die größte Bedrohung ist nach wie vor die Bedrohung von rechts.“ Die Sicherheitsbehörden registrierten im vergangenen Jahr insgesamt 41.777 Straftaten und damit 14 Prozent mehr als im Vorjahr. Dies sei das zweithöchste Niveau seit Beginn der Erfassung im Jahr 2001 und erfülle ihn mit „großer Sorge“, sagte Seehofer. Lediglich 2016 seien noch mehr Delikte gezählt worden. Unter den judenfeindlichen Straftaten hatten 93,4 Prozent einen rechtsextremistischen Hintergrund. Mit rund 2.000 erfassten Delikten erreichte dieser Bereich den höchsten Stand seit Aufnahme der Statistik, wie Seehofer erklärte. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Fälle um 13 Prozent. Mit 950 islamfeindlichen Straftaten wurden ebenfalls mehr erfasst (plus 4,4 Prozent). 90,1 Prozent der Fälle hatten einen rechten Hintergrund. Es gebe „allen Grund, mit höchster Wachsamkeit vorzugehen“, sagte Seehofer. Der Zentralrat der Juden forderte einen verstärkten Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus. Dabei seien sowohl Politik, Justiz und Zivilgesellschaft gefragt. Präsident Josef Schuster sagte, vor allem im Internet schlage Juden „ungehemmter Hass“ entgegen. Auch auf der Straße und in Schulen sei die Ablehnung ein massives Problem. Aus Sicht des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, zeigen die Zahlen, „dass ein in Teilen der Gesellschaft latent vorhandener Antisemitismus offenbar nur sehr mühsam zurückgedrängt werden kann“. Der Anstieg der Zahlen zeige aber auch eine „erhöhte Bereitschaft und der Mut der Betroffenen, antisemitische Straftaten konsequent zur Anzeige zu bringen“. (kna öki 16.06.2020)
- **Der Bundesregierung ist es nach eigenen Angaben ein großes Anliegen, dass Prüfungstermine möglichst nicht auf religiöse Feiertage gelegt werden.** Ließen sich solche Kollisionen im Einzelfall nicht vermeiden, sollten Ausweichmöglichkeiten vorgesehen werden, schreibt die Regierung in einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion im Bundestag. „Studierende sollen während ihres Studiums keine Nachteile aus der Befolgung ihrer religiösen Pflichten haben“, heißt es darin. Die Grünen hatten sich konkret nach dem Schutz für jüdische Studierende vor Benachteiligungen erkundigt. Das Einhalten der Arbeitsruhe an jüdischen Feiertagen und somit auch die religiös motivierte Weigerung von Juden, an jüdischen Feiertagen an Prüfungen teilzunehmen, falle grundsätzlich unter den Schutzbereich des Grundgesetzes, führt die Bundesregierung daher weiter aus. Laut Bundesverfassungsgericht folge daraus jedoch keine Pflicht zum generellen Schutz religiöser Ruhetage und kein Anspruch des Einzelnen gegen den Staat, diverse Wochentage ganztägig als Tage der Arbeitsruhe auszuweisen. Die Verantwortung für Studiengänge, Prüfungsordnungen und Termine liege bei den Ländern und Hochschulen, heißt es weiter. Die Bundesregierung setze sich aber für die Vereinbarkeit von Terminen für Prüfungen und Examina mit den religiösen Pflichten gläubiger Studierender ein“. (kna öki 23.06.2020)
- **Die Deutsche Bischofskonferenz und die Orthodoxe Rabbinerkonferenz Deutschland (ORD) haben die Dokumentation ihrer ersten gemeinsamen Fachtagung veröffentlicht.** An der Veranstaltung im November 2019 nahmen 20 Rabbiner und 20 katholische Vertreter teil. „Um auch denen, die nicht an der Fachtagung teilnehmen konnten, zumindest einen Einblick in die Diskussionen zu geben, haben wir uns entschlossen, in der vorliegenden Dokumentation die Referate und Statements zu veröffentlichen“, heißt es im Vorwort zu der Dokumentation. Das Vorwort stammt von Rabbiner Avichai Apel vom ORD-Vorstand und Bischof Ulrich Neymeyr, der die Unterkommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum der Deutschen Bischofskonferenz leitet. „Wir hoffen, dass damit die Impulse der Fachtagung über den Kreis der Teilnehmer hinaus wirksam werden können.“ Im Mittelpunkt der Tagung standen jüngste Erklärungen zum 50. Jahrestag der Konzilserklärung *Nostra aetate* (1965). Die Päpstliche Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum hatte 2015 unter dem Titel „Denn unwiderruflich sind Gnade und Berufung, die Gott gewährt“ (Röm 11,29) Reflexionen zu theologischen Fragestellungen in den

katholisch-jüdischen Beziehungen veröffentlicht. Im Jahr 2017 dann war die Erklärung „Zwischen Jerusalem und Rom. Gedanken zu 50 Jahre *Nostra aetate*“ erschienen, die die Europäische Rabbinerkonferenz, der *Rabbinical Council of America* und das Israelische Oberrabbinat gemeinsam unterzeichnet haben. Weitere Themen seien die Ziele und Inhalte des Dialogs sowie die Frage nach der Bedeutung von Land und Staat Israel für die katholisch-jüdischen Beziehungen gewesen. Die Publikation trägt den Titel „Zwischen Jerusalem und Rom. Dokumentation der gemeinsamen Fachtagung der Deutschen Bischofskonferenz und der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland (ORD) am 3./4. November 2019 in Berlin“. (kna öki 30.06.2020)

## 2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **An der historischen Elijahu-Hanavi-Synagoge in Alexandria sollen die seit 2017 andauernden Restaurierungsarbeiten abgeschlossen werden.** Ab Januar soll das seit 2012 geschlossene jüdische Gotteshaus Besuchern der ägyptischen Küstenmetropole offenstehen, berichtete die Online-Zeitung „Egyptian Streets“ unter Berufung auf eine Mitteilung des Antikenministeriums. Ägyptens Antikenminister Khaled Al-Anani betonte laut Bericht bei einem Ortsbesuch in Alexandria das Interesse der ägyptischen Regierung, das gesamte Erbe des Landes zu erhalten, ob aus pharaonischer, jüdischer, koptischer oder islamischer Tradition. Die Elijahu-Hanavi-Synagoge gilt als der größte Synagogenbau im Nahen Osten und ist eine von zwei verbliebenen Synagogen in Alexandria. Sie wurde 1850 anstelle eines Vorgängerbaus von 1354 nach Plänen des französischen Architekten Leon Barcilon errichtet. Bis Mitte des 20. Jahrhunderts diente das Gotteshaus rund 40.000 Gemeindemitgliedern. Heute leben laut Schätzungen weniger als zehn Juden in der ägyptischen Hafenstadt. (kna öki 07.01.2020)
- **Seit 60 Jahren hat es im Norden des Toten Meeres nicht mehr so starke Regenfälle gegeben wie in diesem Winter.** Blumensamen schlummerten im Boden und warteten auf Wasser. Jetzt haben sie Blumenteppeiche erzeugt, wie man sie seit Jahrzehnten nicht mehr in der Gegend von Kibbuz Kalia gesehen hat. ( ILI News 24.02.2020)
- **Die Mauer aus der Zeit des Königs Herodes ist wieder sicher. Die Befestigungsarbeiten im gemischten Gebetsbereich der Klagemauer sind nach anderthalb Jahren beendet.** Die Arbeiten waren nötig geworden, weil sich im Juli 2018 ein großer Stein aus der Mauer gelöst und eine Frau verletzt hatte. Gutachter der Altertumsbehörde kamen bei Untersuchungen zu dem Schluss, dass auch andere Stellen in diesem Mauerabschnitt verstärkt werden müssten, um solche Vorfälle zu vermeiden. Nach Angaben der Klagemauer-Stiftung nahm der Prozess viel Zeit in Anspruch, weil "über jeden Stein eine Diskussion" geführt wurde. Dabei ging es um die Frage, wie die Steine möglichst ohne Schaden zu verstärken seien. Es reichte nicht, Klebstoff zu verwenden. Halterungen mussten her, und dazu waren Bohrungen an den Steinen nötig. Die Klagemauer-Erbe-Stiftung muss sich in diesen Tagen auch mit der Gefahr durch das Coronavirus befassen. In einer Mitteilung hieß es, dass die Klagemauer für Beter und Besucher zugänglich bleibt. Der zuständige Rabbi, Schmueel Rabinowitz, stimmte sich mit dem Gesundheitsministerium ab. Wer zur Klagemauer kommt, sollte allerdings auf Abstand zu anderen Menschen achten und darauf verzichten, die Steine zu küssen. (ILI News 22.03.2020)
- **Mit 209,01 Metern unter dem Meeresspiegel war der Pegel des Sees Genezareth so hoch wie seit 2004 nicht mehr.** Nur 21 cm fehlen, dann ist der See "voll". Für die kommende Woche wird ein weiterer Anstieg erwartet, auch weil während Pessach aus religiösen Gründen kein Wasser aus dem See in die Landeswasserleitung gepumpt wird. In dieser Zeit ist es nach dem jüdischen Religionsrecht strikt verboten, gesäuertes Getreide zu genießen. Lediglich ungesäuerte Brote, so genannte Matzen, dürfen verzehrt werden. Brotkrümel, die während des achttägigen Festes ins Wasser fallen, könnten das Wasser unkoscher machen. Israel pumpt sonst im Winter so viel Wasser wie möglich aus dem See, um unterirdische Wasserschichten zu füllen, die wiederum die Brunnen im Land speisen. Israelische Medien spekulierten unterdessen über eine Öffnung des Degania-Dammes, durch den Seewasser in den Jordanfluss abgelassen wird, auch um Anrainer des See Genezareth vor Überschwemmungen zu schützen. (ILI News 19.04.2020)
- **Die Zahl der Juden weltweit ist heute immer noch weit entfernt von der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg.** Nach Angaben des Central Bureau of Statistics (CBS) gab es Ende 2018 14,7 Mio. Juden. 1939 waren es 16,6 Mio. Während des Zweiten Weltkriegs ab 1939 wurden 6 Mio. Juden systematisch ermordet. Von diesem Schlag hat sich das jüdische Volk bis heute nicht vollständig erholt. Die 6,7 Mio. Juden in Israel machen 45% der jüdischen Weltbevölkerung aus. Von ihnen wurden 5,2 Mio. in Israel geboren, während die Mehrheit der übrigen, 1 Million,

entweder in Europa oder auf dem amerikanischen Kontinent geboren wurde. Die Vereinigten Staaten haben mit 5,7 Mio. die zweitgrößte jüdische Bevölkerung, gefolgt von Frankreich, Kanada, dem Vereinigten Königreich, Argentinien, Russland, Deutschland und Australien. Yad Vashem, die Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem, kündigte Anfang des Monats eine weltweite Initiative zur Namensverlesung an, um die diesjährigen Gedenkfeiern anstelle der normalen Zeremonien zu begehen, die aufgrund von Beschränkungen wegen Corona unmöglich sind. Bei dieser Kampagne wurde dazu aufgerufen, sich beim Gedenken an die Namen der Holocaust-Opfer zu filmen und das Video in sozialen Medien unter Verwendung der Kampagnen-Hashtags zu verbreiten. Der Holocaust-Gedenktag wurde in diesem Jahr ohne Öffentlichkeit begangen, alles wurde live per Video übertragen. (ILI News 26.04.2020)

- **Heute gibt es noch etwa 189.500 Holocaustüberlebende in Israel.** Viele sind in Altersheimen, wo sie wegen der Corona-Pandemie akut gefährdet sind. Andere, außerhalb der Heime, leben in bitterer Armut. Auch in Deutschland sind die Überlebenden des Holocaust von Armut bedroht. "Viele Überlebende der Shoah müssen bis heute um finanzielle Entschädigung kämpfen. Einige sind von Altersarmut betroffen, weil sie aufgrund ihrer Verfolgungsgeschichte durch alle sozialen Raster fielen", berichtet die Tagesschau (TS/EL 26.04.2020)
- **Die genaue Bevölkerungszahl beläuft sich auf 9,19 Mio. Israelis,** von denen 6,8 Mio. (74%) jüdisch, 1,93 Mio. (21%) arabisch und 454.000 nicht-arabische Christen, Andersgläubige oder als nicht religiös klassifiziert registrierte Personen, meist Nachkommen von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, sind. In den letzten 12 Monaten wurden rund 180.000 Babys geboren, 32.000 Menschen sind eingewandert und 44.000 Menschen sind verstorben. Die CBS-Zahlen zeigten, dass seit der Staatsgründung insgesamt 3,3 Mio. Menschen nach Israel eingewandert sind, davon 44% nach 1990, überwiegend Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Die aktuelle Bevölkerung Israels besteht zu 78% aus hier geborenen Bürgern und zu 22% aus Immigranten. Die Bevölkerung ist zudem ausgesprochen jung. Etwa 28% aller Bürger sind im Alter von 0-14 Jahren, während nur 12% 65 Jahre und älter sind. Im Vergleich dazu liegt der Anteil der bis 14-Jährigen in anderen OECD-Ländern bei 18%, während der Anteil der über 65-Jährigen 17% beträgt. Bis 2030 wird die Bevölkerung Israels voraussichtlich 11,1 Mio. erreichen, 13,2 Mio. bis 2040 und 15,2 Mio. bis 2048, dem 100. Jahrestag der Gründung des Staates. Das teilte das Central Bureau of Statistics (CBS) mit. (ILI News 03.05.2020)
- **An der Jerusalemer Grabeskirche ist es am 24. Mai zu irritierenden Szenen gekommen:** Trotz der Ankündigung der Konfessionen, das Gotteshaus wieder für Gläubige zu öffnen, blieben die Türen am Morgen überwiegend geschlossen. Es handele sich um eine „schrittweise Öffnung“, die in Übereinstimmung mit den Vorgaben der Polizei geschehen müsse, erklärte Franziskanerkustos Francesco Patton. Die Kirche ist seit zwei Monaten aufgrund der Covid-19-Pandemie geschlossen. (kna öki 28.05.2020)
- **Jordaniens König Abdullah II. hat die Bedeutung des Tourismus für das Königreich betont.** Gegenwärtig würden Anstrengungen unternommen, um Investoren für die Einrichtung touristischer Projekte in Jordanien zu gewinnen, sagte er laut Mitteilung des Königshauses bei einem Treffen mit Verantwortlichen für Tourismus und Umweltschutz. Die Tourismusbranche sei für die jordanische Wirtschaft lebenswichtig. Unter anderem für die traditionelle Taufstelle Jesu „Al-Maghtas“ am Jordanufer sollen internationale Investoren gewonnen werden. Ein weiterer Schwerpunkt müssten Hotels in der Nähe von Dörfern und ländlichen Gegenden sein. Gleichzeitig mahnte Abdullah II., dass Investitionen in Tourismus ein intaktes Ökosystems erforderten. Es liege in der Verantwortung aller Jordanier, Umwelt und Wälder im Land zu schützen. (kna öki 30.06.2020)
- **Zwei Monate nach Sendebeginn droht „God TV“ in Israel das Aus.** Die israelische Regulierungsbehörde wirft dem evangelikalen Sender vor, beim Lizenzantrag die Judenmission als eigentliche Agenda verschwiegen zu haben. Laut Medienberichten wies sie an, den Sender binnen einer Woche vom Netz zu nehmen. Für missionarische Tätigkeiten gelten in Israel starke rechtliche Einschränkungen. Eine entsprechende Mitteilung erging an den Kabel-TV-Anbieter „Hot“, mit dem der in Israel unter dem Namen „Schelanu“ (Hebräisch für „Unser“) operierende Sender einen Siebenjahresvertrag abgeschlossen hatte. Mit rund 700.000 abonnierten Haushalten gilt Hot als einer der Marktführer im Land. (kna öki 30.06.2020)

### 3. Personen

- **Elijahu Bakschi-Doron** (79), früherer sephardischer Oberrabbiner Israels, ist am 12. April an einer Covid-19-Infektion in einem Jerusalemer Krankenhaus gestorben. Er war von 1993 bis 2003 sephardischer Oberrabbiner des Landes. In seiner Amtszeit setzte er sich unter anderem für den interreligiösen Dialog ein. Als erster Oberrabbiner empfing er im Jahr 2000 zusammen mit seinem aschkenasischen Amtskollegen Israel Meir Lau Papst Johannes Paul II. bei dessen Heiliglandreise in Jerusalem. (kna öki 21.04.2020)
- **Berndt Schaller**, eine der bekannten Persönlichkeiten im christlich-jüdischen Dialog in Deutschland, ist tot. Der evangelische Theologe und Judaist starb am 1. Mai im Alter von 89 Jahren, wie das Präsidium des Deutschen Koordinierungsrates (DKR) der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Bad Nauheim mitteilte. Schaller war von 1998 bis 2007 evangelischer Präsident des Koordinierungsrates, in dem heute bundesweit mehr als 80 regionale Gruppen organisiert sind. Darüber hinaus war er von 1998 bis 2010 Vorsitzender der Buber-Rosenzweig-Stiftung. Von 1985 bis 1997 gehörte Schaller der Kommission Kirche und Judentum der EKD an. Der gebürtige Heidelberger studierte in Göttingen Theologie. Dort promovierte er auch und habilitierte sich für „Judaistik einschließlich ihrer Bedeutung für die neutestamentliche Wissenschaft“. Schaller nahm Gastprofessuren in Heidelberg, Hamburg, Tübingen und Jerusalem wahr. Die katholische Präsidentin des DKR von 2001 bis 2016, Eva Schulz-Jander, betonte in einem Nachruf: „Mit ihm verlieren wir einen Freund und Kollegen, einen Mentor und Lehrer, einen Theologen und unermüdlichen Streiter gegen jegliche Form des Anti-Judaismus in der Christlichen Theologie.“ (kna öki 12.05.2020)
- **Berel Lazar** (56), russischer Oberrabbiner, ist von einer Covid-19-Erkrankung genesen. Er wurde am 12. Juni nach neuntägiger Behandlung aus der Klinik entlassen. Der gebürtige Italiener ist seit 1999 Oberrabbiner der Föderation Jüdischer Gemeinden Russlands. Er ist Mitglied der chassidischen Organisation Chabad Lubawitsch und gilt als enger Vertrauter von Russlands Präsident Wladimir Putin. (kna öki 18.06.2020)

#### 4. Bücher

- **„Der Jude Jesus – Eine Heimholung“ heißt das neue Buch von Rabbiner Walter Homolka. Wie sich diese Heimholung in Forschung und Literatur darstellt und was das für den jüdisch-christlichen Dialog bedeutet, erklärt der Rektor des Potsdamer Abraham Geiger Kollegs im KNA-Interview.**

**KNA** *Rabbiner Homolka, Sie widmen Ihr Buch dem Regisseur Christian Stückl. Er bekam in diesem Jahr den Abraham-Geiger-Preis für die Inszenierung der Oberammergauer Passionsspiele.*

**Homolka** Ihm verdanken wir Passionsspiele ohne christlichen Antijudaismus. Er hat sie hin zu einer ausgewogenen Darstellung innerjüdischer Konflikte erneuert. Die Jury hat so entschieden, weil Stückl damit die Botschaft vermittelt, wie wichtig es ist, gegen Rassismus und Antisemitismus einzutreten, um eine pluralistische Gesellschaft zu sichern. Das ist auch das Anliegen meines Buchs. Jesus von Nazareth ist Jude gewesen, er war kein Gründer einer neuen Religion. Schon gar nicht wollte er zur Triebfeder werden für eine Jahrhunderte währende Herabwürdigung, Demütigung und Entwertung des jüdischen Glaubens – der doch auch der Glaube Jesu war. Wie also können die Kirchen heute von Jesus sprechen, ohne das Judentum als schwarzen Hintergrund für seine Botschaft und Wirkung zu verwenden? Und wie gelingt es dem Judentum, in Jesus den Bruder wiederzuerkennen?

**KNA** *Sie geben einen Überblick über die Auseinandersetzung jüdischer Gelehrter mit dem historischen Jesus. Wo liegen die Anfänge dieser „Heimholung“?*

**Homolka** Erstaunlich ist, dass sich überhaupt eine jüdische Leben-Jesu-Forschung herausgebildet hat. Dies ist parallel zum christlichen Bemühen geschehen, hinter dem Christus der Dogmen den historischen Menschen Jesus zu entdecken. Ein großer Anstoß war die christliche Erkenntnis: Jesus war kein Christ, er war Jude. Welche Wirkung hatte diese Einsicht auf jüdische Denker? Mein Buch versucht, die Funktion der Heimholung Jesu ins Judentum seit dem 19. Jahrhundert zu klären.

**KNA** *Eine große Rolle spielte die jüdische Aufklärung.*

**Homolka** In der jüdischen Aufklärung an der Schwelle zum 19. Jahrhundert geht es auch um die Frage, wie das Christentum als Religion der Mehrheit zu bewerten ist. Der Gelehrte Jacob Emden hat einen Schlüssel zum Miteinander von Juden und Christen gefunden: Jesu Botschaft habe sich gar nicht an die Juden gerichtet, sondern an die anderen Völker, denen er so den Weg zu Gott geebnet habe. Nun wird wichtig, wie in der Emanzipation ein Miteinander gelingen kann. Und so zeichnet der große jüdische Aufklärer Moses Mendelssohn ein Bild von Jesus als Juden, der sich an die Gesetze hält. Also wird das Christentum nicht mehr als eine jüdische Häresie bewertet,

sondern als Weg, Gott allen Völkern zugänglich zu machen. Damit war auch die politische Absicht verbunden, dem Judentum einen Platz auf Augenhöhe zu verschaffen. Denn wenn Jesus observanter Jude war, müssen die Kirchen die Frage beantworten, was dann das Neue seiner Botschaft gewesen sei.

**KNA** *Welche Stoßrichtungen gab es im 20. Jahrhundert?*

**Homolka** An der Wende zum 20. Jahrhundert steht Joseph Klausner und seine Jesusmonographie von 1922. Von ihm stark beeinflusst war dessen Großneffe Amos Oz, der in seinem Roman „Judas“ jüdische Fragen nach dem historischen Jesus herausarbeitet. Und er berichtet, wie er als Schüler einer orthodoxen Jerusalemer Schule angewiesen worden sei, seine Augen vor christlichen Symbolen oder Gotteshäusern abzuwenden. Onkel Joseph, so Oz, aber sagte, das dürfe er niemals tun. Mit diesem neuen Hinsehen im 20. Jahrhundert war eine Neubewertung des Verhältnisses, etwa durch Martin Buber und Schalom Ben-Chorin, verbunden: dass die brüderlichen Bande zwischen Jesus und seinem Volk auch durch die blutgetränkte Wirkungsgeschichte christlicher Unterdrückung nicht zerrissen werden konnten. Was sich in der Literatur beobachten lässt, das hat auch in der Kunst viel Widerhall gefunden.

**KNA** *Wie sah die Forschung zu Jesus nach der Schoah aus? Später dann, von 1962 bis 1965, gab es ja auch das Zweite Vatikanische Konzil mit der Erklärung „Nostra aetate“.*

**Homolka** Diese ist das Ergebnis der Einsicht auf christlicher Seite: Dürfen sich Christen noch unüberlegt auf die Christologie der hellenistischen Konzilien berufen und sie zur Norm machen? Welchen Stellenwert geben Christen dem Judesein Jesu? So hat das Hans Küng formuliert. Christlicherseits wogte ja der Kampf um die Frage, ob der historische Jesus überhaupt zu ermitteln sei. Albert Schweitzer meinte etwa, auf Jesus werde je neu das Idealbild einer Generation über den Menschen projiziert. So habe aber dieser Jesus nie existiert. Deshalb sah der Theologe Rudolf Bultmann eine historische Rekonstruktion von Leben und Lehre Jesu kritisch. Für die Verkündigung reiche das Faktum des Gekommenseins Jesu. Dieser „Christologie ohne Jesus“ widersprach der Theologe Ernst Käsemann und wurde zum Initiator einer neuen Welle der Leben-Jesu-Forschung.

**KNA** *Ein Kapitel widmen Sie den Debatten um Äußerungen von Joseph Ratzinger, dem späteren und mittlerweile emeritierten Papst Benedikt XVI.*

**Homolka** Mit Joseph Ratzinger verbinde ich den theologischen Rückfall. Denn in seiner Jesustrilogie spielt der historische Jesus keine große Rolle. Seiner Ansicht nach sind die Ergebnisse der Leben-Jesu-Forschung zu mager. Der Riss zwischen dem historischen Jesus und dem Christus des Glaubens sei immer tiefer geworden. Nur der Glaube mache aber aus Jesus Christus den Schlüssel für Altes wie Neues Testament. Die gemeinsame Schrift bedeute noch keine substantielle Nähe von Juden und Christen. Man könnte meinen, für Ratzinger sei die Tatsache, dass Jesus Jude war, ein kultureller Zufall. Mit dieser Einschätzung unterscheidet er sich deutlich von Johannes Paul II.

**KNA** *Was ist aus Ihrer Sicht das bisher größte Verdienst der jüdischen Forschung zu Jesus?*

**Homolka** Auf der Basis von 70 Jahren jüdisch-christlichem Dialog ist viel Annäherung entstanden, und hierfür hat die jüdische Erforschung Jesu eine Basis geschaffen. Vor allem in den Jahrzehnten nach der Schoah wurde das Bild von Jesus, dem Juden, vertrauter. Und die Frage an die systematische Theologie des Christentums spitzt sich zu: Wie kann von Jesus in der Kirche gesprochen werden, ohne ihn seines jüdischen Umfelds zu berauben? Der Theologe Heinz-Günther Schöttler formuliert es überzeugend: „Im Verhältnis der *Ecclesia* zur *Synagoga* stehen Wahrheit neben Wahrheit und Glaube neben Glaube.“

**KNA** *Wie ist es heute um den jüdisch-christlichen Dialog bestellt?*

**Homolka** Jede Generation muss sich neu auf den Weg machen. Das ist auch eine Motivation, warum ich dieses Buch geschrieben habe. Aber wir sind einen Schritt weitergekommen, wenn Jan-Heiner Tück, der ein Geleitwort zu meinem Buch geschrieben hat, meint, eine Geschichte von Entfremdung sei in eine Geschichte wechselseitiger Lernbereitschaft überführt worden. Ich habe versucht zu zeigen, dass sich Juden mit der Person Jesu sehr wohl identifizieren können, ohne das christliche Bekenntnis zu Jesus Christus zu teilen.

*Walter Homolka, Der Jude Jesus – Eine Heimholung, Verlag Herder 2020, 256 Seiten, 22 Euro, e-Book 13,99 Euro.*

Alle Beiträge, die mit ILI News gezeichnet sind, entstammen mit freundlicher Genehmigung der Website [www.il-israel.com](http://www.il-israel.com). © kna öki